Werk

Titel: Notizen aus der Wissenschaftspolitik

Ort: Köln

Jahr: 1995

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?884817873_0010|LOG_0040

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

info@digizeitschriften.de

Panels »Interviews« mit aussichtsreichen Kandidaten. Die Luft für arbeitssuchende Afrikanisten in den USA wird jedoch zunehmend dünner. Immer mehr hochqualifizierte Kräfte stehen immer weniger Stellen gegenüber. Das Interesse von Politik und Wirtschaft an Afrika ist gesunken, potentielle staatliche Arbeitgeber wie USAID haben ihre Afrika-Programme drastisch gestutzt. Auch Colleges und Universitäten schaffen keine zusätzlichen Positionen im Afrika-Bereich. Wen wundert's, daß nun besonders genau auf die (vermeintliche) Bevorzugung des anderen Geschlechts oder der anderen Hautfarbe geachtet wird?

So sensibel die Afrikanisten aus den USA durchweg die Verhältnisse in Afrika zu analysieren wußten, so grobschlächtig zeigten sie sich im Umgang mit ihren kanadischen Nachbarn. Als hegemonialen Akt empfanden nicht wenige Kanadier, die schließlich über einen eigenen Afrikanistenverband verfügen, bereits die Tatsache, daß eine US-Organisation ihre Jahrestagung in Toronto durchführt. Zu allem Überfluß meinte das ASA-Programm-Komitee auf der ersten Seite des Veranstaltungsprogrammes noch darauf hinweisen zu müssen, daß Kanada eine selbständige Nation mit eigener Währung sei. Das Maß für viele Kanadier war schließlich voll, als auf der Buchausstellung fast ausschließlich nur mit US-Dollar gezahlt werden konnte. Nächstes Jahr wird die ASA-Tagung aber wieder in den USA stattfinden, sogar in einem sehr amerikanischen Ambiente: in Orlando, Florida, gleich neben Disneyworld.

Andreas Eckert

Notizen aus der Wissenschaftspolitik

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv

GEMEINSAM mit dem Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft hat die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv in Berlin eine Vortragsreihe eröffnet. In der ersten Veranstaltung stellte Professor Dr. Günter Benser am 9. Juni 1994 mit dem Thema »Neubeginn und Altlasten in der zentralen Überlieferung der KPD« die fünfbändige Edition »Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland«, Reihe 1945/46 vor. In der zweiten Veranstaltung, am 22. September 1994, berichtete Dr. Detlev Brunner über Forschungsergebnisse aus Quellen von Gewerkschaftsüberlieferungen zum Thema »Sozialdemokraten im FDGB«.

In der dritten Veranstaltung, am 8. Dezember 1994, sprach Dr. Klaus Oldenhage, Abteilungspräsident im Bundesarchiv Koblenz, über das »Spannungsverhältnis zwischen Forschungsfreiheit und Persönlichkeitsschutz«. Der Referent erinnerte daran, daß die Vereinigten Staaten die in ihrem Gewahrsam befindlichen deutschen Aktenbestände nach dem Krieg mit der Maßgabe zurückgegeben hätten, daß »die historische Forschung im

Interesse der freiheitlichen Demokratie« liege. Der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Prof. Dr. Walter Hallstein, habe daraufhin versichert, daß die Bestände »jederzeit und uneingeschränkt« zur Verfügung stünden. Er hätte besser hinzufügen sollen, erklärte Oldenhage, daß dies »im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen« geschehen werde; denn tatsächlich seien die Personalakten der Forschung vorenthalten worden. Für die Aufklärung und Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen sei dieses Verfahren indes unerheblich gewesen, da die Ludwigsburger Zentralstelle zu jeder Zeit und in vollem Umfang über personenbezogene Daten habe verfügen können. Andererseits seien der historischen Forschung bei der Darstellung der nationalsozialistischen Verbrechen keine Nachteile entstanden, da die Sachakten uneingeschränkt zugänglich gewesen seien; denn nicht die Personalakten, sondern die Sachakten seien es, die die Verbrechen offenlegten. Wer nach diesen suche, müssse sich nach Potsdam, Koblenz und Freiburg, nicht aber an das Berlin Document Center wenden.

Mit dieser Praxis sei jedoch ein befriedigender Umgang im Konflikt zwischen Forschungsfreiheit und Persönlichkeitsschutz nicht gewährleistet worden, zumal die amerikanischen Archive an sie gerichtete Anfragen aus den bei ihnen bestehenden mikroverfilmten Beständen ohne Einschränkungen beantworteten. Im Zuge der ab 1977 in der BGH-Rechtsprechung feststellbaren neuen Tendenzen sei der Grundrechtskonflikt zwar als prinzipiell unlösbar erkannt, zugleich aber die Notwendigkeit gesehen worden, ein um Ausgleich bemühtes Instrument zu schaffen, das in dem 1988 in Kraft getretenen Bundesarchivgesetz Gestalt angenommen habe. Im Bundesarchivgesetz sei der Gedanke verwirklicht worden, daß die Grundrechte nicht nur ein Abwehrrecht, sondern auch ein Teilhaberecht darstellten. Das Bundesarchiv lasse sich bei der Anwendung dieses Gesetzes von dem Bemühen um Objektivität, der Rechtsgüterabwägung und der Hintanstellung politischer Überzeugungen leiten. Das Gesetz enthalte viele Ermessensspielräume. Die Ausnahmeregeln seien liberal auszulegen. Der für Personalakten geltende Verschluß von 30 Jahren sei kein Muß. Immer habe man sich die Frage vorzulegen, wozu der Benutzer was gebrauche. Die Motivforschung dürfe jedoch nicht zur Zensur führen. Als Grundsatz habe zu gelten, daß die Quelle im Sinne der Forschung zu nutzen sei. Andernfalls gehe der Persönlichkeitsschutz vor.

Manfred Steinkühler

Tucholsky und das Judentum. Programm der Tagung vom 19. bis 22. Oktober 1995 in Berlin

VERANSTALTER: Kurt Tucholsky-Gesellschaft e.V. in Kooperation mit dem Moses Mendelssohn Zentrum in Potsdam und der Carl v. Ossietzky Universität Oldenburg. Tagungsorte: Jagdschloß Glienicke; Literarisches Colloquium Berlin; Deutsches Theater. Anfragen und Anmeldungen: Michael Hepp, Rebhuhngang 1, 27798 Hude, Telefon: 04408/1357 oder (Telefon + Fax): 0441/798–4013. Alle Veranstaltungen sind öffentlich.

Donnerstag, 19.10

19.00 Uhr: Begrüßung; 19.15 Uhr Julius H. Schoeps (Potsdam): Die mißglückte Emanzipation. Zur Tragödie des deutsch-jüdischen Verhältnisses

Freitag, 20.10.

9.30 Uhr: Michael Hepp (Oldenburg): »Dieser Jude Tucholsky hat Deutschland, hat Westeuropa noch manches zu sagen«; 10.15 Uhr: George L. Mosse

(Madison): Jüdische Intellektuelle in Deutschland; 11.15 Uhr: Stefanie Brauer (Potsdam): »Die Weltbühne« und das Judentum [Moderation: Leo A. Lensing (Middletown)]; 14.00 Uhr: Ingrid Belke (Marbach): »Antisemitismus habe ich nur in den Zeitungen zu spüren bekommen, im Leben nie.« Tucholsky und der Antisemitismus bis 1933; 14.45 Uhr: Wolfgang Benz (Berlin): »Man muß sich schämen, Jude zu sein.« Tucholsky und der Antisemitismus ab 1933 (Judentum zwischen Utopie und Pogrom); 15.45 Uhr: Walter Grab (Tel Aviv): Tucholsky — Hasser oder Kritiker der Juden?; 16.30 Uhr: Giovanni Di Stefano (Münster): Die Monologe des Herrn Wendriner — ein Fall von jüdischem Selbsthaß? [Moderation: Gerhard Kraiker (Oldenburg)]; 19.45 Uhr: Roland Links (Leipzig): »Eine Jugend in Deutschland«. Toller, Tucholsky & Co.; 20.30 Uhr: Julia Bernhard (Hamburg)/Hans-Harald Müller (Hamburg): »... schwer verletzt und hautlos irgendwo verkrochen«. Arnold Zweig und Kurt Tucholsky [Moderation: Fritz Hackert (Tübingen)]

Sonnabend, 21.10.

9.30 Uhr: Michael Daxner (Oldenburg): Zur Theorie der Inszenierung der Juden in Deutschland; 10.45 Uhr: Hans Keilson (Bussum): »Ich hab's doch selbst erlebt ...« Kritischer Rückblick auf die Tagung [Moderation: Helmut Müssener]; 19.30 Uhr: »Deutsch-jüdische Symbiose« oder nur jüdische Akkulturation? Podiumsdiskussion mit Ignatz Bubis, Michael Daxner, Walter Grab, George L. Mosse, Julius H. Schoeps. [Moderation Wolfgang Körner (Hannover), Veranstaltungsort: Literarisches Colloquium Berlin]

Sonntag, 22.10.

10.00 Uhr: Verleihung des Kurt-Tucholsky-Preises für literarische Publizistik; 11.00 Uhr: »Zores haben wir genug ...« Gelächter am Abgrund — Kabarettistisches im Jüdischen Kulturbund, Collage von Volker Kühn, Veranstaltungsort: Deutsches Theater.

Ausstellung: »Ich bin im Jahre 1911 ›aus dem Judentum ausgetreten‹, und weiß, daß man das gar nicht kann.« Zusammengestellt von der Kurt Tucholsky Gedenkstätte Schloß Rheinsberg, Ort: Jagdschloß Glienicke

Kurt Tucholsky-Preis für literarische Publizistik

DIE Kurt Tucholsky-Gesellschaft (KTG) stiftet anläßlich des sechzigsten Todestags von Tucholsky den *Kurt Tucholsky-Preis für literarische Publizistik*, der jährlich im Herbst, erstmals 1995 anläßlich der Jahrestagung der KTG in Berlin, gemeinsam von der Kurt Tucholsky-Gesellschaft und der Kurt-Tucholsky-Stiftung verliehen wird.

Der Preis wird getragen von: Ch. Links Verlag, Kurt Tucholsky Gedenkstätte Schloß Rheinsberg, Kurt Tucholsky-Gesellschaft, Kurt-Tucholsky-Stiftung, Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg.

Ausgezeichnet werden sollen Werke der literarischen Publizistik. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den unorthodoxen Gattungen und »kleinen Formen« wie Portrait, Pamphlet, Traktat, Essay, Satire, Groteske und Couplet. Alle Texte sollen einen konkreten Bezug auf zeitgeschichtlich-politische Vorgänge erkennen lassen. Sie sollen in der Tradition Tucholskys der Realitätsprüfung dienen, also die Hintergründe hinter den plakativ vorgeschobenen Fassaden aufzeigen und damit zur Urteilsbildung der Leser beitragen.

Der Preis ist mit einer Zuwendung von DM 15.000 verbunden und wird in der Regel nur an eine/n Preisträger/in vergeben. Die Annahme des Preises verpflichtet den/die Preisträger/in zu einem öf-